

# Mit nachhaltiger Industriepolitik gute Arbeit sichern

## Sozial-ökologische Transformation statt Deindustrialisierung

Sebastian Möller

➔ **Damit Bremen ein starkes Industrieland bleibt, braucht es eine aktive und ambitionierte Industriepolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen schafft, die Chancen der Dekarbonisierung und der Kreislaufwirtschaft nutzt und konsequent auf Qualifizierung der Beschäftigten setzt.**

Die Verunsicherung unter den Industriebeschäftigten hat im letzten Jahr deutlich zugenommen. Die schlechten Nachrichten aus der Automobilindustrie, der Stellenabbau unter anderem bei thyssenkrupp Automation Engineering in Farge, die Unklarheit über die Umstellung der Bremer Hütte auf grünen Stahl, die Auftragslücke beim A400M bei Airbus sowie die schlechten Konjunkturprognosen führen bei vielen Menschen zu großen Sorgen um ihre Arbeitsplätze.

### Industriestandort unter Druck

In der Tat steckt die Industrie in einer tiefen Krise, die nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe hat. Längst ist von einer Erosion des „deutschen Geschäftsmodells“ die Rede, das auf technologischen Vorsprüngen vor allem im Maschinenbau und einer hohen Exportorientierung beruhte. Das wirtschaftliche und geopolitische Umfeld hat sich in den letzten Jahren enorm geändert. Neben den Auswirkungen der Pandemie und dem Energiepreisschock nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sind besonders

die zunehmende Konkurrenz auf dem chinesischen Markt und die Androhung neuer Zölle durch Donald Trump zu nennen.<sup>1</sup> Die deutsche Volkswirtschaft ist durch ihre außergewöhnlich hohe Exportabhängigkeit wenig resilient gegenüber internationalen Krisen.<sup>2</sup> Bremen hat dabei sogar die höchste Exportquote aller Bundesländer. Das Schicksal der hiesigen Industriearbeitsplätze hängt also besonders stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft ab. Unter den Bundesländern hat Bremen den höchsten Anteil der USA an den Gesamtexporten und ist daher besonders verwundbar gegenüber steigenden Zöllen.<sup>3</sup>

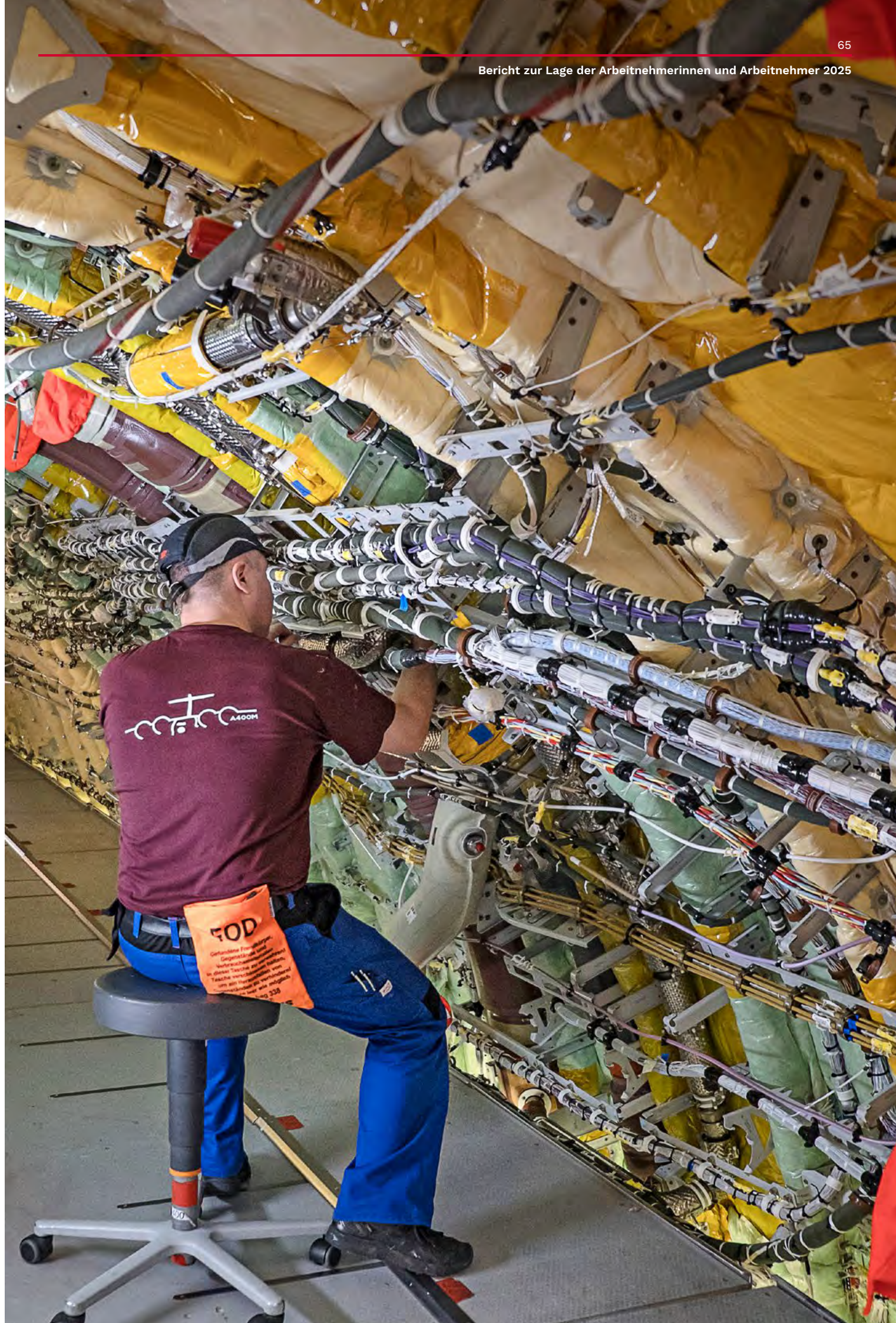
Neben dem Export fällt auch die Binnennachfrage als Wachstumsmotor aus. Insbesondere die starke Investitionszurückhaltung der Unternehmen und der öffentlichen Hand schwächt die Auftragslage in der Industrie. Vor diesem Hintergrund ist es

1 IMK (2025).

2 Nölke (2021).

3 Jung (2025).

Starke Exportabhängigkeit wird zum Problem



## „Nicht der Klimaschutz gefährdet also Industriearbeitsplätze, sondern die ungebrochene Dominanz fossiler Geschäftsmodelle und der schwindende politische Rückhalt für die Transformation.“

wenig überraschend, dass mittlerweile auch Negativeffekte am Arbeitsmarkt zu verzeichnen sind. Die Krise der deutschen Industrie<sup>4</sup> ist auch deshalb so bedrohlich, weil sie viele Branchen gleichzeitig und sowohl Großbetriebe als auch den industriellen Mittelstand erfasst. Sie wird verstärkt durch die zum Teil disruptiven Folgen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz.

Hinzu kommen die Herausforderungen der Dekarbonisierung für die Stahl- und Autoindustrie. Angesichts der notwendigerweise ambitionierten Klimaziele und des steigenden CO<sub>2</sub>-Preises können Industriearbeitsplätze nur dann erhalten werden, wenn die Elektrifizierung von Produktionsprozessen und Antrieben konsequent und zügig vorangetrieben wird. Anderenfalls droht der Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfungstiefe. Nicht der Klimaschutz gefährdet also Industriearbeitsplätze, sondern die ungebrochene Dominanz fossiler Geschäftsmodelle<sup>5</sup> und der schwindende politische Rückhalt für die Transformation. Bei der Herstellung von grünem Stahl und E-Autos fallen zwar viele bisherige Arbeitsschritte weg, zugleich kommen aber andere und neue Aufgaben hinzu. Die sozial-ökologische Transformation verändert zwar die Bestandsindustrien, führt aber keinesfalls zu einer Deindustrialisierung. Schließlich braucht die Transformation eine starke Industrie im Energie-, Mobilitäts- und Grundstoffsektor. Dafür müssen Arbeitsplätze und Kompetenzen dringend erhalten werden.

### Wichtige Arbeitsplätze für Bremen

Industriebeschäftigte arbeiten häufiger in tarifgebundenen und mitbestimmten Betrieben und setzen damit Maßstäbe für andere Branchen. Gerade in der metallverarbeitenden Industrie ist zudem der gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit die Gestaltungsmacht für gute Arbeitsbedingungen besonders hoch. In der Industrie werden überdurchschnittliche Löhne gezahlt, ein großer Anteil der Wertschöpfung erwirtschaftet und Innovationen vorangetrieben. Sie bietet Vollzeitarbeitsplätze für die ganze Breite der Qualifikationsniveaus, auch für un- und angelernte Arbeitskräfte. Die hohe Kaufkraft der Industriebeschäftigten stärkt wiederum Dienstleistungsarbeitsplätze vor Ort. Langjährige Industriearbeiter\*innen sind zu Recht stolz auf ihre Arbeit, die Produkte, die sie herstellen und ihre Fähigkeiten. Oft identifizieren sie sich stark mit ihrem Beruf und ihrem Betrieb.

Gleichzeitig gibt es auch Kehrseiten der guten Industriearbeit. Gerade in Großbetrieben kommt es seit Jahren zur Auslagerung zahlreicher Tätigkeiten, oft zu schlechteren Arbeitsbedingungen und unter Umgehung von Tarifverträgen. Dadurch werden Belegschaften gespalten und Mitbestimmung geschwächt. Immer noch profitieren überdurchschnittlich viele Männer von den höheren Industrielöhnen, weil der Frauenanteil in Produktion und Leitungspositionen nur langsam steigt. Frauendominierte Dienstleistungsberufe, die die industrielle Wertschöpfung in vielen Fällen überhaupt erst ermöglichen, sind hingegen oft unterdurchschnittlich vergütet. Außerdem wurde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrien in der Vergangenheit oft durch Lohnzurückhaltung erreicht.<sup>6</sup> Insgesamt stößt die sektorale Trennung an Grenzen, etwa bei den vielen industrienahen

Dekarbonisierung  
als Chance und  
Herausforderung

4 Im Grunde handelt es sich um eine Krise des deutschen Industriestandortes, da deutsche Industriekonzerne oft einen hohen Anteil ihrer Wertschöpfung im Ausland erwirtschaften. Aus Sicht der Beschäftigten kommt es aber auf die Arbeitsplätze vor Ort an, also auf die Standortentscheidungen deutscher und ausländischer Unternehmen.

5 Vgl. dazu Brand/Brunnengräber (2025).

6 Nölke (2021).

Dienstleistungen. Gerade bei wissensintensiven Dienstleistungen (zum Beispiel in der Produkt- und Softwareentwicklung oder der Datenverarbeitung) liegt noch großes Entwicklungspotenzial, da sich diese im Land Bremen bisher schlechter als im Bundesdurchschnitt entwickelt haben.

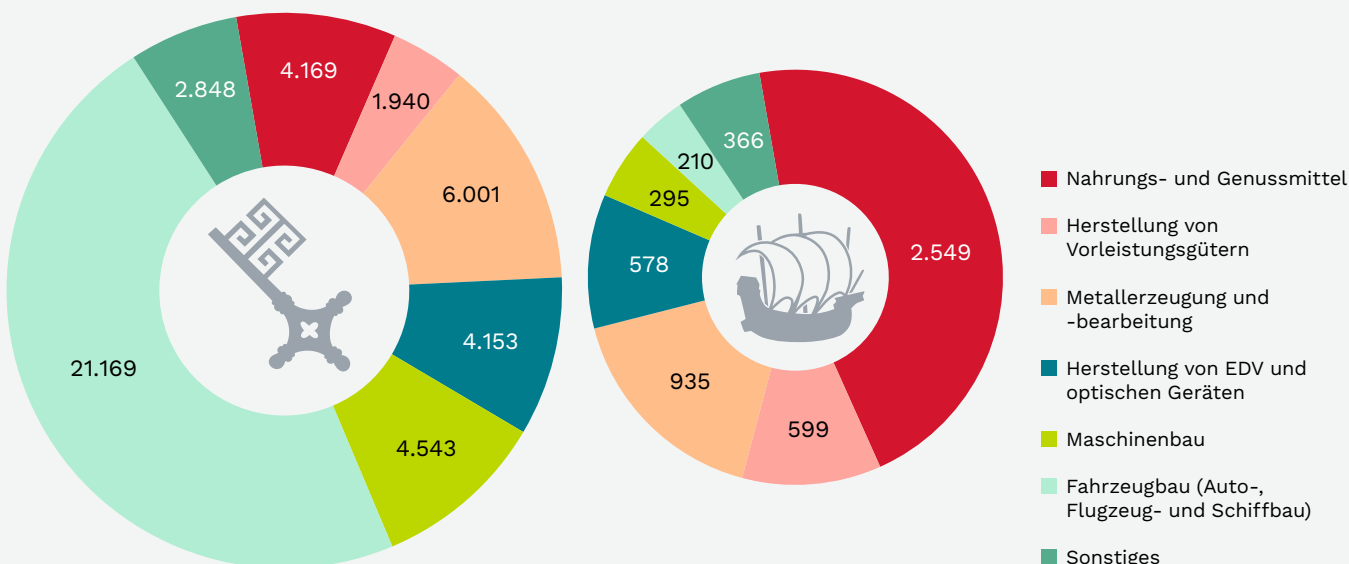
### Industriearbeit ist überall rückläufig

Der Anteil der Industriebeschäftigten ist im Land Bremen, wie fast überall in Deutschland, seit Jahren rückläufig. Seit 2021 liegt die absolute Zahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe bei etwa 56.000. Anfang der 1990er-Jahre waren es noch über 85.000. Gleichzeitig stieg aber die Gesamtzahl der Beschäftigten deutlich, sodass der Anteil der Industriebeschäftigten noch stärker rückläufig ist. Bremen ist aber weiterhin ein starker und breit aufgestellter Industriestandort, sowohl im Bundesländervergleich als auch im Vergleich

mit ähnlich großen Städten. Ein Blick auf die Verteilung der Beschäftigten auf die verschiedenen Industriebranchen zeigt die große Bedeutung des Fahrzeugbaus innerhalb der bremischen Industrie. Im Autobau ist der Standort weniger stark vom Verbrenner abhängig und besser ausgelastet als andernorts, aber auch bei hiesigen Zulieferbetrieben macht sich die Krise der deutschen Autoindustrie bemerkbar. In der Luft- und Raumfahrtindustrie hat Bremen eine große Bandbreite an Produkten und Kompetenzen zu bieten, die allerdings angesichts knapper Raumfahrtbudgets, neuer Konkurrenz und einer schwierigen Auftragslage unter Druck gerät. In Bremerhaven ist die Nahrungs- und Genussmittelindustrie die wichtigste Branche innerhalb des verarbeitenden Gewerbes. Dass die Industriebeschäftigten im Land Bremen motiviert sind und eine hohe Veränderungsbereitschaft haben, zeigt auch die Beschäftigtenbefragung bei Arcelor-Mittal Bremen.<sup>7</sup>

### In Bremen dominiert der Fahrzeugbau, in Bremerhaven die Nahrungsmittelindustrie

Sozialversichert Industriebeschäftigte in Bremen und Bremerhaven nach Branchen, Stichtag 30.06.2023  
(Datenstand: Mai 2024)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© **Arbeiterkammer Bremen**

7 Die Befragung wurde von der IG Metall und Arcelor-Mittal initiiert, von der Arbeiterkammer gefördert und vom Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw) durchgeführt.

## Renaissance der Industriepolitik

Für die Sicherung dieser Arbeitsplätze ist eine aktive Industriepolitik wichtig. Industriepolitik versucht gezielt zu beeinflussen, was, wo und wie produziert wird. In den letzten Jahren ist weltweit eine Renaissance industriepolitischer Maßnahmen zu verzeichnen, die lange verpönt waren.<sup>8</sup> Mittlerweile ist weniger das Ob, sondern „nur noch“ das Wie umstritten. Aus Sicht der Beschäftigten ist das einerseits eine gute Nachricht, da demokratische Eingriffe in das Marktgeschehen und der Schutz hiesiger Industrien in Politik und Wissenschaft konsensfähiger werden. Andererseits erhöht die erfolgreiche Industriepolitik Chinas („Made in China 2025“-Strategie) und der USA (Inflation Reduction Act) wiederum auch den Druck auf europäische Arbeitsplätze.

Industriepolitik wird vor allem in Berlin und Brüssel gemacht

Industriepolitik ist vor allem eine nationale und europäische Aufgabe. In Berlin und Brüssel wird über ihren rechtlichen und finanziellen Rahmen entschieden. Mit dem Clean Industrial Deal und dem neuen Wettbewerbsfähigkeits-Kompass der Europäischen Kommission wurden in der EU Weichen für eine klimaneutrale Industrie, den Erhalt beziehungsweise Aufbau strategisch wichtiger Produktionskapazitäten sowie eine stärkere industriepolitische Koordinierung gestellt. Der europäische Gewerkschaftsverband IndustriAll fordert die neue Kommission aber zu einer aktiveren Industriepolitik auf, die den Erhalt guter Arbeit ins Zentrum rückt. Darum muss es auch beim strategischen Dialog der Kommission mit der europäischen Autoindustrie gehen. Auch die Handelspolitik wird in Brüssel entschieden. Den Bundesländern bleibt bei den Zöllen daher nur die „Zuschauerrolle“.<sup>9</sup> Mit dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM können Arbeitsplätze in der europäischen Stahlindustrie geschützt und die Verlagerung von Emissionen ins Ausland (Carbon Leakage) verhindert werden. Wirksame Investitionsanreize und gute Rahmenbedingungen können zudem die Abwanderung grüner Zukunftstechnologien aus Europa vermeiden (Green Leakage).

Auf Bundesebene wird über die Ausrichtung der Förderpolitik, Investitionsanreize und den Ausbau der Infrastruktur entschieden. Durch das Ampel-Aus und die vorgezogene Bundestagswahl ist wertvolle Zeit für wirtschafts- und industriepolitisches Handeln verloren gegangen. Die politische Unsicherheit schwächt und verzögert private und öffentliche Investitionen, die für die Sicherung von Industriearbeitsplätzen dringend gebraucht werden. Für die bremischen Industriearbeitsplätze sind dabei Maßnahmen zur Senkung der Strompreise, die Förderung der E-Mobilität und die Erhöhung des nationalen Raumfahrtbudgets besonders wichtig. Auch über staatliche Unternehmen kann Einfluss ausgeübt werden. Im Fall von Airbus sollte die neue Bundesregierung diesen stärker im Sinne der deutschen Standorte nutzen. Auch Luft- und Raumfahrtspolitik ist Industriepolitik und sollte als solche strategisch gestärkt werden, etwa durch eine Aufwertung der Rolle der Luft- und Raumfahrtkoordinatorin innerhalb der Bundesregierung.

Das Land Bremen und seine beiden Kommunen sind für Flächen- und Standortpolitik sowie Wirtschaftsförderung zuständig. In den letzten Jahren ist es trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen gelungen, einen breiten landespolitischen Konsens für die Unterstützung der Umstellung der Bremer Hütte auf grünen Stahl zu erreichen und entsprechende Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Insgesamt hat die Landespolitik aber eher begrenzte Einflussmöglichkeiten, da zentrale Entscheidungen entweder im Bund und in der EU oder aber in den Zentralen der für die hiesige Wirtschaftsstruktur so wichtigen Großbetriebe getroffen werden.

Deshalb spielt auch die sozialpartnerschaftliche Industriepolitik eine wichtige Rolle. Starke Betriebsräte und Gewerkschaften tragen zum Erhalt und zur erfolgreichen Transformation der Industrie bei. Die Expertise der Beschäftigten sollte daher noch stärker in die betriebliche und politische Entscheidungsfindung einfließen. Gerade für Bremen ist die industrielle Mitbestimmung ein echter Standortvorteil. Durch den engagierten Einsatz der IG Metall und der Beschäftigten konnten in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze erhalten werden, zum Beispiel in der Flügelausrüstung bei Airbus.

<sup>8</sup> Dullien (2024).

<sup>9</sup> Jung (2025).

## Eckpfeiler einer nachhaltigen Industriepolitik

### ► Industriellen Kern durch ökologische Modernisierung schützen

Der Kern der bremischen Industrie kann nur durch eine konsequente Dekarbonisierung und ambitionierte Modernisierung erhalten werden. Dafür müssen die Weichen auf allen politischen und betrieblichen Ebenen gestellt werden. Es braucht klare Bekenntnisse zu Elektromobilität und zum grünen Stahl, ein weiterhin hohes Tempo beim Ausbau der Strom- und Wasserstoffnetze sowie der erneuerbaren Energien, wettbewerbsfähigere Energiekosten, verlässliche Rahmenbedingungen, diversifizierte Geschäftsmodelle und eine Investitionsoffensive, um die Zukunftsfähigkeit der deutschen und bremischen Industrie zu sichern.

### ► Zukunftsbranchen gezielt fördern

Neben dem Schutz der Bestandsindustrien gilt es neue Beschäftigungspotenziale der sozial-ökologischen Transformation zu erschließen. In der Wasserstoffwirtschaft, beim klimaneutralen Fliegen und bei den Antrieben für Nutzfahrzeuge und Lokomotiven wird hier an innovativen Lösungen gearbeitet. Noch weitgehend unerschlossene Chancen liegen in der Kreislaufwirtschaft, etwa beim Recycling von Schiffen, alten Offshore-Windanlagen und Batterien. Falls es gelänge, erneut Offshore-Produktionskapazitäten in der Seestadt anzusiedeln, könnten neue regionale Materialkreisläufe entstehen. Auch der in Bremerhaven geplante Konverterbau kann viele zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Für eine erfolgreiche Ansiedlung braucht es weiterhin eine starke landespolitische Unterstützung.

### ► Weiterbildung in den Betrieben stärken

Die Transformation des Industriestandortes gelingt nur mit qualifizierten Fachkräften. Daher müssen die Weiterbildung und die betriebsnahe Grundbildung gestärkt werden. Für die Autoindustrie hat der Bremer Weiterbildungsverbund Fahrzeugindustrie (WBV) einen hilfreichen Leitfaden zur Stärkung der betrieblichen Weiterbildungskultur und das Instrument der Qualifizierungsbedarfsanalyse entwickelt. Diese Ergebnisse müssen von den Betrieben noch stärker genutzt werden. Insgesamt sollte Industriepolitik stärker „so gestaltet werden, dass die entstehenden Arbeitsplätze zu den freierwerdenden Arbeitskräften passen“.<sup>10</sup> Bei drohender Arbeitslosigkeit sind Umstiege auf Fachkraftniveau zu ermöglichen. Auch die Aufstiege un- und angelernter Arbeitskräfte zur Fachkraft müssen stärker forciert werden.

### ► Forschungsinfrastruktur am Standort weiter ausbauen

Für die Stärkung des Industriestandortes spielt neben der Fachkräftesicherung durch gezielte Weiterbildungen, gute (Berufs-)Bildungspolitik und Projekte wie den Klimacampus auch der weitere Ausbau der öffentlichen Forschungsinfrastruktur eine zentrale Rolle. Schon heute gibt es im Land Bremen eine leistungsfähige und innovative Forschungs- und Testinfrastruktur für Zukunftsbranchen (zum Beispiel das ttz und der neue Food Hub First in Bremerhaven sowie Fraunhofer IFAM und ECO-MAT in Bremen). Durch den weiteren Ausbau dieser Stärke können bestehende Arbeitsplätze vor Ort erhalten werden und neue entstehen – insbesondere bei den wissensintensiven Dienstleistungen.

<sup>10</sup> Bertram et al. (2024), S. 5.

## Literatur

**Bertram, L.; Schiefeling, M.; Kiecker, S.; Hafele, J.**

(2024): Industriepolitik neu denken. Warum gute Arbeitsplätze im Zentrum stehen sollten. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

**Brand, U.; Brunnengräber, A. (2025):** Kein Klimaschutz ohne soziale Kämpfe. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2025, S. 41–44.

**Dullien, S. (2024):** European Industrial Policy in the 2020s: Rationale, Challenges and Limitations. In: Intereconomics 59(5), S. 249–253.

**IMK (2025):** Modell Deutschland neu justieren – Nachfrage und Innovationen stärken. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2025. IMK Report Nr. 194.

**Jung, M. (2025):** Welche Branchen und Bundesländer besonders unter einem Handelskrieg mit den USA leiden würden. In: Makronom, 06.02.2025.

**Nölke, A. (2021):** Exportismus. Die deutsche Droge. Eine Entzugsstrategie für gesundes Wachstum. Frankfurt am Main: Westend.